

Die Halbzeitbilanz
der zweiten rot-grünen
Amtsperiode

Tief in den roten Zahlen

Michael Mertes

Die Halbzeitbilanz für die zweite Wahlperiode der Regierung Schröder/Fischer weist deutlich mehr Passiva als Aktiva aus. Die roten Zahlen entstehen vor allem dadurch, dass die Bundesregierung auf drei zentralen Feldern der Innenpolitik – dem Kampf gegen die notorische deutsche Wachstumsschwäche, gegen die Massenarbeitslosigkeit und gegen die exorbitante Staatsverschuldung – keine sichtbaren Fortschritte erzielen konnte, sondern Stillstand und sogar Rückschritt zu verantworten hat.

Schwindende „soft power“

In der Außenpolitik fällt die Bilanz nicht viel besser aus, obwohl deren Passiva erst auf den zweiten Blick zu erkennen sind. Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch hier weit auseinander. In seiner ersten Regierungserklärung, am 10. November 1998, hatte Bundeskanzler Schröder einen neuen Ton angeschlagen, als er für das rot-grün regierte Deutschland das „Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“ reklamierte. Wegen der innenpolitischen Probleme hat dieses Deutschland inzwischen jedoch viel von seiner einstigen *soft power* verloren. Der deutsche Einfluss in Europa und der Welt beruhte ja nie bloß auf dem sprichwörtlichen, stets griffbereiten Scheckbuch, sondern auch und vor allem auf der Tatsache, dass die Soziale Marktwirtschaft weit über Europa hinaus als nachhaltiges Erfolgsmodell galt; das verlieh der Bundesrepublik besondere Autorität.

Der Spiegel brachte den Verlust dieser Autorität mit seinem Titel „Lachnummer Deutschland“ (21. Februar 2004) drastisch auf den Punkt: „Maut, BahnCard, Gesundheitsreform – eine Panne nach der anderen lässt die Deutschen an ihrem Land verzweifeln. Sind wir ein Volk von Versagern, unfähig zum Fortschritt, regiert von Stümpern? Oder müssen wir die Karnevalisierung der Politik mit Humor nehmen?“

Ob das robuste Auftreten Berlins gegenüber Washington das internationale Ansehen Deutschlands vermehrt hat, darf ebenfalls bezweifelt werden. Zur *soft power* der Bundesrepublik gehörte ja stets auch die Fähigkeit, durch ebenso emsige wie stille Netzwerkbildung einen europäischen Konsens herzustellen. Das bedeutete in der Praxis ein ständiges Austarieren der Balance zwischen Paris und Washington, zwischen europäisch-gaullistischer und atlantisch-angelsächsischer Orientierung, zwischen kleinen und großen EU-Mitgliedstaaten, zwischen westlichen und östlichen Nachbarn. Und es bedeutete einen Verzicht auf jegliche Andeutung von Großmachtallüren. Wenn die Regierung Schröder/Fischer ihre Forderung nach einem ständigen Sitz der Bundesrepublik im Weltsicherheitsrat nunmehr durchs Megafon kundtut, könnte dies – scheinbar paradox – dem deutschen Einfluss eher schaden als nutzen.

In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Halbzeitbilanz der rot-grünen Koalition vor allem durch einen nachhaltigen Ansehensverlust der SPD bei den Wählern

und – damit verbunden – eine dramatische Machterosion charakterisiert. Seit November 2002 befinden sich die Sozialdemokraten in einem demoskopischen Tief. Bei der Sonntagsfrage pendelt die SPD konstant um 25 Prozent; die Union dagegen kommt – ebenfalls konstant – auf Werte um 45 Prozent. Sieht man vom Sonderfall Bremen ab, dann hat das Regierungslager bei allen Landtagswahlen seit Februar 2003, beginnend mit Hessen und Niedersachsen, erhebliche Einbußen erlitten.

Grüne „Modernität“

Innerhalb von Rot-Grün trafen und treffen diese Verluste jedoch allein die Sozialdemokraten. Nachdem für die Grünen die erste Amtszeit der Regierung Schröder/Fischer eher einem Tal der Tränen geglichen hatte, entwickelt sich die zweite Wahlperiode anscheinend zu einer grünen Erfolgsstory. Die Grünen haben es geschafft, sich das diffuse Image von „Modernität“ zuzulegen – eine Kombination von gesellschaftspolitischer Progressivität und wirtschafts- und finanzpolitischer Professionalität. Längst gelten sie nicht mehr als wirtschafts- und innovationsfeindliche Chaostruppe. Ihre Aussagen zu den „harten“ Themen Haushalt, Renten und Steuern haben offensichtlich dazu geführt, dass sie in diesen Bereichen das Image einer professionellen und politikfähigen Partei gewinnen konnten. So haben sie es auch geschafft, sich vom Negativ-Image des „rot-grünen Dilettantismus“ abzukoppeln. Der schlechte Ruf der Bundesregierung in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik bleibt – ebenso wie deren Negativ-Image in Sachen Sozialreformen – ausschließlich an der SPD haften.

Abwanderung zu den Grünen und zur Union

Sozialdemokraten trösten sich gern mit dem Gedanken, viele ihrer Tradition-

wähler seien vorübergehend in die Wahleenthaltung geflohen; aus diesem Schmollwinkel könne man sie wieder zurückholen, sobald die rot-grüne Reformpolitik in Gestalt von mehr Wachstum und Beschäftigung Früchte trage. Diese Hoffnung ist allerdings nur zum Teil berechtigt. Wahr ist nämlich ebenfalls, dass Wähler *en masse* von der SPD zur Union übergegangen sind – eine Million etwa bei der Europawahl am 13. Juni 2004. Von Hessen über Niedersachsen, von Hamburg bis Bayern – stets gab es einen erheblichen Anteil der Wählerschaft, die von der SPD direkt zur Union wechselten. Anders wären der demoskopische Höhenflug und die Wahlsiege der Union auch nicht zu erklären.

Auffallend dabei ist, dass es vor allem die so genannten „kleinen Leute“ sind, die sich weit überdurchschnittlich von der SPD ab- und der Union zuwenden: Arbeiter, Rentner, Wählerinnen und Wähler mit eher niedrigem Bildungsabschluss. Zwar kann die SPD bei einigen dieser Gruppen noch immer überdurchschnittliche Werte verzeichnen; die Tragik der SPD liegt aber darin, dass gerade bei diesen Gruppen die Union besonders gut abschneidet. So erreichte die Union Anfang Juli 2004 bei den Arbeitern mit 51 Prozent das beste Ergebnis im Vergleich aller Berufsgruppen; ausgerechnet hier kam die SPD auf nur noch 22 Prozent.

Spannungen innerhalb des rot-grünen Lagers erzeugt nicht nur der Umstand, dass die Grünen sich vom Negativ-Image der SPD abkoppelt haben und so tun, als hätten sie mit alledem rein gar nichts zu tun. Schmerzlich für die Sozialdemokraten ist auch, dass ihr grüner Koalitionspartner ihnen Wähler entzieht, vor allem in den Groß- und Universitätsstädten sowie in Dienstleistungszentren mit gut ausgebildetem, gut verdienendem Wählerpotenzial.

Zugespitzt könnte man formulieren, dass die SPD zur Halbzeit der zweiten rot-

grünen Wahlperiode von zwei entgegengesetzten Trends zerrissen wird: Die „kleinen Leute“ wandern weg zur Union, das Großstadtpublikum – Schröders einstige „Neue Mitte“ – zu den Grünen.

In gewisser Weise entspricht die Misere der Kanzlerpartei durchaus der demokratischen Normalität, nämlich dem bekannten Schema vom hoffnungsrohen Start der Regierung in die erste Wahlperiode und ihrem Niedergang im Lauf der zweiten Amtszeit.

Der Zauber ist verflogen

Zu Beginn herrscht die Magie des Aufbruchs. Die Neulinge sind voller Tatendrang – „Regieren macht Spaß“. Sie strahlen Frische aus, der Charme ihrer idealistischen Unbekümmertheit schlägt selbst hartgesottene Journalisten in Bann. Wenn die junge Regierung ersten Schwierigkeiten begegnet, verweist sie einfach auf die gewaltige „Erblast“, die ihr die Vorgängerin hinterlassen habe. Und obwohl das Machtgetriebe zunehmend knirscht, räumen die Wähler den mittlerweile etablierten Neulingen zu guter Letzt – wenn auch nicht gerade begeistert – eine zweite Chance ein.

Es stimmt ja bloß zur Hälfte, wenn immer wieder gesagt wird, Bundeskanzler Schröder habe die Bundestagswahl 2002 mit den Themen „Flut“ und „Irak“ gewonnen. Gewiss, als oberster Krisenmanager konnte Schröder noch einmal das Bild vom smarten Vorsitzenden der „Deutschland AG“ heraufbeschwören und den einst so erfolgreichen „Chefsachen“-Mythos wiederbeleben. Die ganze Wahrheit lautet aber, dass „Flut“ und „Irak“ ihn nur deshalb zu retten vermochten, weil es in der Bevölkerung damals noch keine Wechselstimmung zugunsten der Opposition gab. Zweimal hat die SPD seither versucht, das Thema „Irak“ noch einmal propagandistisch auszuschlagen: vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen Anfang 2003

und vor der Europawahl im Frühjahr 2004; beide Male hatte sie damit keinen Erfolg.

Unterdessen ist der Zauber des Anfangs von 1998 gänzlich verflogen. Den Slogan „Neue Mitte“ hatte die SPD schon 2002 ad acta gelegt; er lockte keinen postmaterialistisch-libertär gesonnenen Angestellten der *New Economy* mehr hinterm Computer hervor. Der Traum einer säkularen Verschmelzung von Herrschaft und Heil in einer Berliner „Republik der neuen Mitte“ – so Schröders visionäre Begrifflichkeit in seiner ersten Regierungserklärung – ist ausgeträumt.

Die Hinterzimmer-Republik

Bitter konstatierte *stern*-Kolumnist Hans-Ulrich Jörge, mittlerweile einer der schärfsten Kritiker Schröders im linken Medienspektrum, am 3. Juni 2004:

„Revolution der Politik? Welcher Irrtum! Das Raumschiff Bonn ist in Berlin gelandet. Das ist alles. Auch die Schwulenbar beim Arbeits-, der Straßenstrich beim Bildungsministerium vermochten nicht, die Politik in die Realität zu zerren. Nie waren ihre Erstarrung, ihre Entfremdung vom Volk, der Verlust an Vertrauen größer als in diesen Zeiten. Nie zuvor auch war die handwerkliche Qualität von Politik, ja die Qualität der Politiker miserabler. Und ihre Entwurzelung bestürzender: Sachverständ und Erfahrung werden durch bauchgesteuerte Ad-hoc-Entscheidungen ersetzt, diskursive Meinungsbildung von unten nach oben durch Diktate von oben nach unten. Statt der Berliner wuchert eine Hinterzimmer-Republik. Der Osten hat darin noch weniger Stimme als in Bonn.“

Das „Erblast“-Argument

Auch das „Erblast“-Argument überzeugt mittlerweile nicht mehr. Das hindert die Regierung Schröder/Fischer und ihre Anhänger freilich nicht daran, den Mythos von den „sechzehn Jahren Stillstand“ der Kanzlerschaft Helmut Kohls, unter

denen die Republik immer noch leide, ständig aufzuwärmen. Repräsentativ für diese Argumentation etwa Peter Glotz (*Der Spiegel* vom 2. August 2004): Die SPD stecke in einer Falle, und diese bestehe unter anderem „in der Tatsache – *die geht auf das Konto von Helmut Kohl* –, dass sechzehn Jahre lang die Finanzierung der Sozialsysteme nicht angepackt wurde“ (Hervorhebung der Verfasser). In Wirklichkeit hat Rot-Grün einen wesentlichen Teil des Reformstaus, den die „Agenda 2010“ auflösen soll, sehenden Auges selber produziert; das rächt sich jetzt bitter.

Gleich zu Beginn ihrer ersten Amtszeit kassierte die Regierung Schröder/Fischer zwei wichtige Arbeitsmarktreformen, die ihr die Vorgängerin hinterlassen hatte – nämlich die Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und den Abbau des Kündigungsschutzes in Kleinstbetrieben. Auch die Blümsche Rentenreform, die die Rentenanpassungsformel um einen demografischen Faktor zur Wahrung der Generationengerechtigkeit ergänzte, und die Zuzahlung bei Arzneimitteln nahm sie erst einmal zurück. Sicher gehört zu den unerfreulichsten Kapiteln der Wahlperiode 1994–1998, dass die von praktisch allen Fachleuten gelobte Waigelsche Einkommensteuerreform 1997 im Bundesrat scheiterte – aber die Verantwortung dafür liegt allein bei den damaligen Ministerpräsidenten Lafontaine, Schröder und Eichel.

Entmodernisierung der Energiepolitik

Selten thematisiert wird auch die systematische Entmodernisierung der deutschen Energiepolitik durch die Regierung Schröder/Fischer. Die negativen Folgen

des Ausstieges aus der friedlichen Kernenergienutzung werden sich vielleicht erst dann bemerkbar machen, wenn dessen rot-grüne Protagonisten ihren Ruhestand genießen.

Schon heute lässt sich aber konstatieren, dass Deutschland, bislang eine der führenden Industrienationen, mit dem Ausstieg aus freien Stücken ein Kompetenzfeld räumt, das mehrere Generationen höchstqualifizierter Physiker und Ingenieure erobert hatten; wie das mit der Ankündigung technologischer Innovationsoffensiven zusammenpassen soll, bleibt ein Rätsel.

Dramatischer Schwenk

Nach dem dramatischen Schwenk, den Bundeskanzler Schröder 2003 mit seiner „Agenda 2010“ vollzogen hat, bleibt ihm gegenwärtig nur noch die Option „Kabinettsumbildung“, um einen Neuanfang zu inszenieren. Da eine solche Operation nicht ohne Risiko ist und den gewünschten Effekt nur als Überraschungscoup erzielen kann, tut er gut daran, diese Pläne bis zum letzten Moment dementieren zu lassen.

Trotz aller Probleme, denen sich Rot-Grün zur Halbzeit gegenüber sieht – es wäre verfrüht, der Regierung Schröder/Fischer eine sichere Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2006 zu prophezeien. Einigermaßen fest steht heute nur, dass das moralische, 2002 noch erfolgreiche Argument, die rot-grüne Koalition habe das Recht auf eine weitere faire Chance, nicht mehr ziehen wird. Es wird ganz pragmatisch nur noch darauf ankommen, was sich die Wähler von einer Fortsetzung der Regierung Schröder/Fischer erhoffen – und was sie der Opposition zutrauen.

Dieser Ausgabe liegt ein Leporello der *Lettre International Verlags-GmbH* bei.